



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hr.: Der Ministerwechsel in Baden : (Corresp. aus Baden.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Ministerwechsel in Baden.

(Corresp. aus Baden.)

Bis diese Zeilen in die Hand der Leser gelangt sein werden, sind nahezu vier Wochen verflossen, seit das Ereigniß des jüngsten badischen Ministerwechsels, welches wir nachstehend besprechen, sich vollzogen hat. Innerhalb dieser vier Wochen hat die Einbildungskraft müßiger Köpfe und die Schreibseligkeit sensationslustiger Correspondenten genugsam Zeit gehabt, dem Publikum ihr Wissen oder auch Nichtwissen über das unverhofft eingetretene Ereigniß darzulegen. Die Zeit ist nicht unbenutzt geblieben. Von dem kleinsten Localblatt unseres badischen Ländchens an bis hinauf zu jenen Organen, welche für Säulen der deutschen Presse erachtet werden, einer „Kreuz-Zeit.“, „Köln. Zeit.“, „Allg. Zeit.“ u. s. w. ist der badische Ministerwechsel reichlich besprochen worden. Die Tagesblätter jeglicher Parteifarbe haben ihm ihre Beachtung geschenkt, also daß der Demokrat metteiserte mit dem Ultramontanen, der Nationalliberale nicht zurückstand hinter dem Deutsch-Conservativen. Was wir aber bei all' diesen Darlegungen, mit wenigen Ausnahmen, fast vollständig vermißt haben, das ist die Weite und Umsichtigkeit des politischen Blickes, die das Einzelereigniß zu erfassen versteht in naturnothwendigem Zusammenhang einer nicht erst seit kurzem gegebenen Constellation. Dieses kleinliche Suchen und Stöbern nach dem Einzelgrund, der das Ereigniß zu Tage förderte; dieses sich Anklammern an die einzelnen Worte des fürstlichen Handschreibens, welches den neuen Ministerpräsidenten in sein Amt berufen hat; dieses juristisch sorgfältige Bemühen, den Beweis eines nicht stattgehabten und nicht statthabenden Systemwechsels aus diesem Zweifachen zu erbringen, sie kennzeichnen doch wohl nur den Tagespolitiker, der von der Hand in den Mund lebt. Wir wollen nicht zu diesen gerechnet sein. Das Einzelereigniß, wie hervorstechend es auch sei, ist doch immerhin nur ein Glied, das mit Naturnothwendigkeit sich einfügt in eine Kette, die nun einmal so angelegt und geplant ist, daß sie auch dieses Gliedes nicht entbehren kann. Alles ist Samen! Wer dieses Dichterverwortes bei seinem politischen Raisonnements nicht eingedenk war, der würde nicht wehren können, daß er trotz allen Anstreichs der Geistreichigkeit, den er sich vielleicht zu geben weiß, dennoch unerbittlich zu der Zahl derer gezählt würde, deren Geschäft in der deutschen Sprache als Kannegießerei bezeichnet zu werden pflegt. Dagegen wird es freilich auch nicht fehlen, daß wer den Gedanken jenes Wortes auch bei Betrachtung der politischen Tagesgeschichte zur Geltung bringt, von der oberflächlichen Kurzsichtigkeit oder dem bösen Uebelwollen der „Geschichtbaumeistererei“ bezichtigt und sammt seinen Aufstellungen mit vornehmem Lächeln bemitleidet wird.

Doch ist Solches leicht zu ertragen, um so mehr, als die letzte und höchste Instanz über Werth oder Unwerth der gesammten politischen Auffassungs- und Betrachtungsweise, wie der Auffassungs- und Betrachtungsweise eines Einzelfalles nicht durch wohl- oder überwollende Kritiker der gleichzeitigen Tage gebildet wird, sondern durch die Geschichte der kommenden Jahre.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen wenden wir uns zur Sache selbst, indem wir zuvörderst in Kürze das Thatsächliche des jüngst stattgehabten badischen Ministerwechsels mittheilen, sodann die Ursachen des Vorgangs zu erkennen suchen. Solche Kenntniß und des Weiteren ein prüfender Blick auf das Ministerium werden ermöglichen, mit ziemlicher Sicherheit einen Schluß zu ziehen auf die politische Signatur der nächsten Zukunft unseres badischen Staatslebens.

Nachdem bereits mehrere Tage lang diesbezügliche Gerüchte in Umlauf gewesen waren, brachte am 25. September das Regierungsorgan, die „Karlsruher Zeitung“ die vom 24. September datirte Mittheilung, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog unterm 21. d. M. geruht hatten, den Staatsminister Dr. Jolly auf dessen Ansuchen seines Amtes als Präsidenten des Staatsministeriums und Minister des Innern unter Vorbehaltung der anderweitigen Verwendung im activen Dienst gnädigst zu entheben. Gleichzeitig mit der Amtsenthebung wurde dem abtretenden Minister die allerhöchste besondere Anerkennung seiner langjährigen, ausgezeichneten und erfolgreichen Dienste ausgesprochen unter Verleihung des höchsten Ordens der badischen Krone. Nachdem in Folge des Vorgangs auch die sämmtlichen übrigen Mitglieder des Staatsministeriums dem Großherzog ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatten, wurde von diesem mittelst Schreibens aus Stuttgart vom 23. September der seitherige Präsident des Handelsministeriums Turban aufgefodert, die Aufgabe zu übernehmen, „auf Grundlage der bisher maßgebend gewesenen Richtung der Regierung, sowohl in Betreff der inneren Politik als auch in Bezug auf die nationalen Entwicklungsaufgaben ein freisinniges Ministerium neu zu bilden.“ Präsident Turban unterzog sich dieser Aufgabe. Unter Beibehaltung seines Ressortministeriums trat er als Staatsminister und Präsident des Staatsministeriums an die Spitze der Geschäfte. Der Präsident des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, v. Freydorf, wurde in den Ruhestand versetzt, indem gleichzeitig die Geschäfte des Ministeriums des Auswärtigen dem Staatsministerium zugewiesen wurden; der Präsident des Finanzministeriums, Ellstätter, blieb auf seinem Posten, desgleichen das Mitglied des Staatsministeriums, Staatsrath Nüßlin; zum Präsidenten des Ministeriums des Innern wurde Landescommissar L. Stöffer ernannt und zum Präsidenten des Großherzoglichen Hauses und der Justiz Fiscalanwalt Dr. Grimm in Mannheim.

Wenn wir nun die Ursachen des stattgehabten Ministerwechsels darzulegen suchen, so wird man nach dem, was wir bereits oben ausgeführt haben, nicht erwarten, daß wir mit minutiösem Eifer irgend einen Einzelvorgang aufstöbern, welcher die Krisis herbeigeführt habe. Was über solche Einzelvorgänge von der Presse berichtet wurde, gehört doch insgesamt mehr oder minder in das Gebiet der vagen Vermuthungen und Gerüchte. Abgesehen jedoch hiervon, würde jeder Einzelvorgang, der den Rücktritt Jolly's zur Folge gehabt, nur den Moment anzeigen, in welchem der schon lange angehäufte Zündstoff explodirte. Wir wollen keineswegs einen solchen Einzelvorgang als die nächste, äußerlich greifbare Ursache der Krisis von vornherein ablehnen, werden vielmehr in unsern betreffenden Ausführungen selbst einen Einzelvorgang in Anspruch nehmen. Allein derselbe muß auf alle Fälle der Art sein, daß er sich organisch in den Zusammenhang der die Gesamtlage gestaltenden, nicht erst seit gestern bestehenden politischen Stimmungsmomente einreihen läßt, und er muß ferner so schwer in die Waagschaale fallen, daß er für hinreichend befunden wird, ein Ereigniß von weittragenden Folgen, wie das der Rücktritt eines Ministeriums unter allen Umständen ist, in Scene zu setzen. Die Sache unter diesen Gesichtspunkt gerückt, ist nun wohl klar, daß — wir greifen nur diese zwei Punkte heraus — weder die von dem Großherzog gewünschte Ernennung einer dem Fürsten nahestehenden Persönlichkeit zum Mitglied des Staatsministeriums, welcher Ernennung der Staatsminister widersprochen habe, noch auch Differenzen zwischen letzterem und dem Großherzog bezüglich der Besetzung der Präsidentenstelle der Oberrechnungskammer als Einzelvorgänge die Krisis heraufbeschworen haben.

Wie gehen weiter und sehen uns nach einer constitutionellen Nothwendigkeit oder Veranlassung zum Rücktritt des Ministeriums Jolly um. Sie liegt nicht vor. Zwar ist es kein Geheimniß, daß zwischen dem Ministerium Jolly und den Führern der national-liberalen Landtagspartei, des zur Zeit absolut ausschlaggebenden parlamentarischen Factors unseres Staatslebens, ein inneres, herzliches Einvernehmen schon seit längerer Zeit nicht mehr bestand, ja, man kann sagen, nie bestanden hat. Die sog. Offenburger Bewegung, welche zu Ende des Jahres 1868 mit direct gegen Jolly gerichteter Spitze ihre Wogen warf, brachte eine von Beginn der Regierungsthätigkeit Jolly's an zwischen ihm und den Führern der national-liberalen Partei bestehende Mißstimmung zum Ausdruck, und wenn auch die Mißstimmung allmählig ihren acuten Character verlor, so blieb sie doch bestehen. Es möge hier unerörtert bleiben, worin dieselbe ihren Grund hatte. Jolly's eminente staatsmännische Befähigung wird nirgends angezweifelt, seine energische Hingabe an den nationalen Gedanken, sein consequentes Festhalten der liberalen Principien lassen keine Bemäkelung zu. Persönliche

Gründe, die in etwas mitgewirkt haben mögen, können nicht in maßgebender Weise Ausschlag gegeben haben. Vielleicht, daß Jolly das, was man Fühlung mit der Kammer nennt, zu wenig cultivirte, daß er nach der Weise Bismarck's in dessen früherer Epoche etwas zu autokratisch vorging, die Landtagsmajorität als einen Factor betrachtete, der einzig in legislatorischer Hinsicht zu berücksichtigen sei, dem irgend welcher weitergehende Einfluß aber nicht zugestanden werden dürfe. Sei dem, wie ihm sei. Die Mißstimmung bestand. Sie zeigte sich insbesondere auch auf dem letzten Landtag 1875/76 und hat während desselben mehrmals eine recht unangenehme Gewitterschwüle über die Atmosphäre unseres Staatslebens verbreitet. Die schon vor dem Zusammentritt des Landtags zwischen der „Bad. Corr.“, dem Organ der national-liberalen Landtagspartei, und der officiösen „Karlsru. Zeit.“ zum Theil recht gereizt geführten Plänklergefechte gestalteten sich während der Landtagsession zu ernstern Scharmützeln. Und auch soweit diese nicht stattfanden, lebte man stets auf dem gegenseitigen Qui vive! Es waren insbesondere die Gesetzesvorlage über die obligatorische Einführung der cons. sionell gemischten Volksschule, sodann das sog. Pfarrdotationsgesetz, die Discussion des Gesetzes über Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer, endlich zum Schluß des Landtags noch Erörterungen über eine Umformung der ersten Kammer, welche die gegenseitige Mißstimmung und Gereiztheit, mitunter in sehr scharfer Weise, zum Ausdruck brachten. Thatsache ist, daß bei ein und dem andern der streitigen Punkte der Staatsminister sich mehr, als ihm erwünscht war, durch den Willen des Großherzogs gehemmt sah. Indessen konnte dies an der Sache selbst nichts ändern, und auch der Umstand besserte nichts, daß die erste Kammer — ein und das andremal sogar weitgehender, als es dem Minister willkommen sein konnte — bezüglich der Differenzpunkte durchweg der zweiten Kammer frondirend entgegentrat. Aber bei alledem hat man beiderseits verstanden, sich zu vertragen; man hat gegenseitige Rücksichtnahme walten lassen, und es wurde namentlich bezüglich sämtlicher Gesetzesvorlagen schließlich Uebereinstimmung erzielt, so daß sie ohne Ausnahme zu Gesetzen erhoben wurden, wenn auch nicht durchweg so, daß man auf beiden Seiten völlig zufrieden gestellt war. Die letzte Landtagsession hatte das Ansehen des Staatsministers nicht im mindesten erschüttert; im Gegentheil, sie hatte es, allgemeiner Meinung nach, neu gekräftigt. Auch in den wenigen Wochen, welche seit Schluß des Landtags verflossen sind, war kein Vorgang zu verzeichnen, welcher eine constitutionelle Veranlassung zum Rücktritt des Ministeriums enthalten hätte. Die auf dem Landtag votirten Gesetze erhielten eines um das andere die Sanction des Fürsten, und wie wenig man auf Seiten der national-liberalen Landtagspartei an eine Ministerkrisis dachte, oder gar sie wünschte, beweist u. A. die Thatsache, daß man dort von dem

Eintritt der Krisis auf's Höchste überrascht war und daß die „Bad. Corr.“ sofort den Rücktritt Jolly's auf's lebhafteste bedauerte. Nach alle dem ist es schwer verständlich, wie ein sonst mit Recht hochangesehenes Blatt, die „Köln. Zeit.“ sich, sogar „von gut unterrichteter Seite“, aus Süddeutschland schreiben lassen konnte, der Grund des Ministerwechsels liege in der streng constitutionellen Gesinnung des Großherzogs, welcher durch Herbeiführung einer Neubildung des Ministeriums das harmonische Einverständniß zwischen Regierung und Landtag habe erhöhen wollen. Wie wäre z. B. auch mit solcher Absicht das in Einklang zu setzen, daß auf den wichtigen und einflußreichen Posten des Präsidenten des Ministeriums des Innern ein Mann berufen wurde, der auf dem letzten Landtag, hauptsächlich wegen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Schulgesetznovelle, als treuer Anhänger der Regierung offen aus der national-liberalen Fraction auschied! Item, eine constitutionelle Nothwendigkeit oder Veranlassung zum Ministerwechsel lag nirgends vor.

Welches aber sind die Gründe? Die officiöse Presse hat sie bis jetzt nicht proclamirt. Ihre Proclamirung ist — die Sache rein vom Standpunkt des politischen Beobachters aus betrachtet — unseres Erachtens auch durchaus nicht nöthig, da sie dem, der die politische Strömung unseres Staats- und Hoflebens wenn auch nur seit einigen Jahren beachtet hat, klar liegen. Solchem Beachten konnte nicht entgehen, daß an höchster Stelle des Landes die vordem so frische und opferfreudige Begeisterung für den nationalen Gedanken allmählig einer Stimmung des Unbehagens gewichen war. Getragen von jener Begeisterung hatte Großherzog Friedrich, weit vorleuchtend seinen fürstlichen Vettern, hohe Opfer auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt: Baden kennt keine Reservatrechte, und unser Heer ist, da ein einheitlich deutsches Heer noch nicht geschaffen ward, zufolge der Militärconvention vom 25. November 1870 Bestandtheil des preussischen Heeres. Der Name des Großherzogs Friedrich wird um solchen hochherzigen Handelns willen in der deutschen Geschichte für alle Zeiten mit größter Achtung genannt werden. Aber eine und die andere bittere Frucht der kühnen Saat konnte dem, der die Saat austreute, nicht erspart bleiben. Möglich, daß bei Abschluß der Militärconvention die Rücksichten auf die bis dahin gedienten badischen Militärs etwas kräftiger hätten zur Geltung kommen können, wenn man ernstlicher als es geschehen sein soll den Versuch gemacht hätte, sie zur Geltung zu bringen. Möglich, daß man unbeschadet der Verwirklichung der nationalen Idee in ein und dem anderen Stück etwas weniger rasch hätte vorgehen dürfen. Wir kritisiren es nicht. Aber die es kritisirten haben den Thron des Fürsten umschwärmt. Und was die Koryphäen der Bureaokratie, was der particularistisch gesinnte Adel, was die römisch-katholischen Würdenträger

in Frack und Sutane — was sie Alle, die der nationale Gedanke zur Seite geschleudert hat, an Stimmung des Unmuths, des Mißbehagens und der Verbissenheit in sich tragen, das haben sie dem Fürsten nahezubringen gewußt. Wir wollen kurz sein: an Stelle der opferfreudigen Hingebung an den nationalen Gedanken trat eine gewisse Zurückhaltung, ein sorgsames Hüten der noch gebliebenen Souveränität. Sodann ist es offenkundig, daß am Karlsruher Hof, wie behauptet und geglaubt wird, wesentlich in Folge des Einflusses der in dieser Hinsicht den Traditionen ihres väterlichen Hauses treuergebenen Großherzogin die kirchlich positive Richtung freundlicheren Blickes beachtet wird, als die z. B. dominirende liberale Protestantenvereinspartei. Die Herrschaft dieser Partei, deren kirchenpolitische Principien sich seit dem Jahre 1860 immer nachdrücklicher verwirklichten, war nicht absolut beliebt. Die Wirren, welche der unausgesetzte Kampf mit der Curie zur Folge hatte, wurden unangenehm empfunden. So kam es, daß die im sog. „Kulturkampf“ seit dem Jahr 1860 Landtag für Landtag durch tief einschneidende gesetzgeberische Acte energisch durchgeführte Verwirklichung freisinnigster Principien nicht mehr genehm war. Es bedarf nur der elementarsten Kenntniß psychologischer Grundgesetze, um verstehen zu können, wie sich bei solcher Stimmung eine immer schärfere Antipathie gegen den Mann festsetzen mußte, der die Seele all' dieser Bestrebungen war, dessen unbeugsame Festigkeit auch nicht das leiseste Abschwenken von der Bahn des nationalen Gedankens gestattete, dessen zähe Energie die liberalen Principien in rastlos vorwärts schreitendem Handeln unerbittlich verwirklichte. Der kühnste Vertreter des nationalen Gedankens, unter dessen Führung Baden jene opferfreudige nationale Politik befolgt hatte; der energischste Vorkämpfer der liberalen Principien, der diese, den Ultramontanismus mit scharfer Schneide bis ins innerste Mark treffend, nachdrücklichst analysirte, war nicht mehr persona grata, war dies vielleicht niemals völlig gewesen. Ein kleiner Anlaß, und die Stimmung des Unbehagens konnte zum Durchbruch kommen, namentlich einem Mann wie Jolly gegenüber, an dessen Wesen Strammheit und Energie das Charakteristische ist, während eine gewisse diplomatische und höfische Geschmeidigkeit und Elasticität fehlt. Der Anlaß stellte sich ein. Es ist bekannt, daß der Großherzog zu Beginn des letzten Landtags nur nach längerem Zaudern und unter scrupulösen Bedenken — schon damals hatte eine Ministerkrisis geschwebt — die Genehmigung zur Einbringung des Gesetzentwurfs betr. der confessionellen Volksschulen in confessionell gemischte ertheilt hatte. Und ebenso ist Thatsache, daß er sich nur schwer entschließen konnte, die das Princip der confessionell gemischten Schule schärfer, als die Regierungsvorlage zum Ausdruck bringenden Aenderungen, welche die zweite Kammer an dem Gesetzentwurf vornahm, zu genehmigen. Minder bekannt

vielleicht, aber nichts desto weniger Thatsache ist, daß das von beiden Kammern genehmigte Gesetz einige Wochen im Kabinet des Fürsten lag, ohne die Sanction zu erhalten. Zwei Tage, nachdem ihm diese geworden, erhielt Staatsminister Jolly die Entlassung. Hier hätten wir den Einzelvorgang, indem sich ganz von selbst die Vermuthung nahe legt, daß der Großherzog, von dem leitenden Minister zur Sanctionirung des mehrerwähnten Gesetzes gedrängt, diese auf eine Weise gewährt habe, die es letzterem zur Gewißheit machte, daß die Principien der von ihm vertretenen Politik nicht durchweg die Billigung des Fürsten besäßen und daß in Folge dessen eine fernere erfolgreiche Bethätigung im Amte nicht mehr möglich sei. Sind vielleicht noch, was wir keineswegs unbedingt in Abrede stellen wollen, speziell persönliche Fragen mit in's Spiel gekommen, so war der äußere Anlaß zu dem innerlich längst vorbereiteten Ereigniß gegeben.

Dr. Julius Jolly,*) Badenser von Geburt, trat zum erstenmal in die größere Oeffentlichkeit, als er, damals a. o. Professor an der Universität Heidelberg, sich an den kirchenpolitischen Kämpfen der Jahre 1859 und 1860 betheiligte, insbesondere auch als Redner auf den protestantischen Durlacher Conferenzen. Ramey berief ihn in das Ministerium des Innern, in welches er am 2. April 1861 eintrat. Im Jahr 1866, als Baden in die unselige Position gegen Preußen hineingedrängt wurde, gerieth er in seiner Eigenschaft als Mitglied der ersten Kammer, in welche ihn die Universität Heidelberg gesandt hatte, dadurch daß er die von Edelsheim geleitete antipreußische Politik mißbilligte, in scharfen Conflict mit der Regierung. Er schied in Folge dessen aus dem Ministerium und wurde unterm 25. Juni dem Verwaltungsgerichtshof als Rath beigegeben. Nach Beendigung des Krieges wurde er unterm 27. Juli 1866 von Mathy, der damals an die Spitze der Geschäfte getreten war, als Ramey's Nachfolger zum Präsidenten des Ministeriums des Innern berufen. Dieses Ressortministerium beibehaltend, übernahm er nach Mathy's Tode am 12. Februar 1868 als Präsident des Staatsministerium die Leitung der Geschäfte, die er denn auch beibehielt, bis der 21. September 1876 ihn von seinem hohen Posten abberief.

Der gleichzeitig mit Jolly abgetretene Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, v. Freyhof, hatte, damals Rath im Justizministerium, im Jahr 1866 Jolly im Ministerium ersetzt. Den Posten als Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses des Aeußeren hatte er seit dem 27. Juli 1866 inne. Später war er, wie bereits erwähnt, noch mit der Leitung des Justizministeriums betraut worden.

Jolly's hohe Verdienste sind unbestritten. Es war bedeutungsvoll, daß er, der unermüdete Vorkämpfer des nationalen Gedankens, sofort nachdem

*) Vgl. die eingehendere Biographie über Jolly, Grenzboten 1873, Nr. 16, Bd. II. S. 81.

seine Ernennung zum Präsidenten des Staatsministeriums vollzogen war, an dem gleichen Tage das noch unter Mathy's Auspicien berathene Wehr- und Contingentgesetz als verantwortlicher Minister contrasignirte. Diese Gesetze schufen uns ein Heer nach preußischem Muster, sie gaben uns ein Armeecorps, das die heldenmüthigen Kämpfe bei Nuits, Belfort u. A. siegreich bestehen konnte. Bekannt ist, in welsch' kühner Führung der jetzt zurückgetretene Staatsminister das nationale Banner vorantrug, als der Wogenschlag des drohenden Krieges sich brandend an den Grenzgestaden unseres badischen Landes vernehmen ließ. Jolly's Namen unter dem Versailler Protokoll vom 15. November 1870 ist von den Namen der sieben Unterzeichner derjenige, dessen Träger nebst Bismarck die größte innere Berechtigung besaß, ihn unter dieses ewig denkwürdige Aktenstück zu setzen.

Nachhaltige Spuren wird das Wirken des bisherigen Premiers in unserem innerbadischen Staatsleben zurücklassen für alle Zeiten. Die liberalen Principien wurden mit consequentester Energie verwirklicht. Unter Jolly z. B. erfolgte die Verweisung der politischen und der Preßergehen vor die Schwurgerichte, unter ihm hatten mehrfache, tiefeingreifende Verfassungsänderungen in freihethlichem Sinne statt, das Wahlrecht zum Landtag wurde erweitert, das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit votirt und das Verfahren bei Ministeranklagen geregelt, die Gemeindeordnung erfuhr eine zeitgemäße Revision, die Städteordnung trat in's Leben, schließlich gewährte noch das auf dem letzten Landtag beschlossene Gesetz über Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer eine höchst werthvolle Bereicherung der constitutiven Institutionen. Den Kirchen wurde bezüglich ihres inneren Lebens durchweg freie Bewegung gelassen, nicht minder wurde aber auch die Staatshoheit ihnen gegenüber nachdrücklichst zur Geltung gebracht. Das die rechtliche Stellung der Kirchen im Staat regelnde Gesetz vom 9. Oktober 1860 wurde in einigen wichtigen Punkten ergänzt und verschärft; bereits zu Ende 1869 wurde die bürgerliche Standesbeamtung den Geistlichen abgenommen und die Civilehe obligatorisch eingeführt; das Stiftungsgesetz vom 5. Mai 1870 brachte durchgreifende Ordnung eines vielverwirrten Gebietes; das Altkatholikengesetz vom 15. Juni 1874 kam den berechtigten Forderungen, welche in Folge dieser Bewegung in der römischen Kirche zu Tage traten, in weiser Berücksichtigung entgegen. Wie sehr der jetzt zurückgetretene Staatsminister die hohe Bedeutung der Kirche würdigte und wie sehr er geneigt war, sie in der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen, zeigte sein ernstliches Bemühen für das Zustandekommen des auf dem letzten Landtag votirten sog. Pfarrdotationsgesetzes. Eine ganz besondere Fürsorge widmete Jolly der Volksbildung und Volksziehung. Das gesammte Volksschulwesen erfuhr eine neue Regelung, die Lehrergehälter wurden auf die entsprechende Höhe

gebracht, die dienstliche Stellung der Lehrer wurde verbessert, ein viertes Lehrerseminar wurde eröffnet, und schließlich erfolgte noch die Umwandlung der confessionellen Schulen in confessionell gemischte. Auch das Gewerbeschulwesen wurde auf gesetzhche Grundlage gestellt, und weithin bekannt ist, wie sehr der Minister seine Fürsorge der Hebung' des gelehrten Schulwesens zuwendete und wie er hier in gründlicher Reformarbeit überaus Segensreiches leistete. Nicht minder auch bemühte er sich unausgesetzt und nachdrücklichst, zuweilen zum gelinden Schrecken der das Budget berathenden Landstände, um Hebung der Universitäten.

Nur einem Manne von der eminenten Arbeitskraft Jolly's war es möglich, in den ereignißvollen Jahren seines Wirkens so überaus schwierige umfassende Aufgaben zu bewältigen, nur ein Staatsmann von der hohen Begabung und energischen Festigkeit, wie sie dem zurückgetretenen Minister eigen war, konnte solch' tiefeingedrückte Spuren verdienstvollsten Wirkens hinterlassen. In der Entwicklungsgeschichte des deutschen Reiches und in der inneren Geschichte Badens wird Jolly's Namen für immer in Ehren genannt werden. Der zurückgetretene Ministerpräsident hat nicht lange im Ruhestand verharret. Eben in diesen Tagen hat die Berufung zum Präsidenten der Oberrechnungskammer ihn in den activen Staatsdienst zurückgeführt. So wichtig dieser Posten ist und so auszeichnend die Stellung, so hätten wir doch für Jolly einen anderen Platz gewünscht, einen Platz, wo seiner Arbeitskraft, Begabung, Einsicht und reicher Erfahrung, seiner parlamentarischen Schlagfertigkeit und rednerischen Gewandtheit ein reicheres, ergiebigeres Arbeitsfeld wäre zugetheilt gewesen. Das Reich ist groß und braucht manchen Mann. Dort ist noch mancher Posten, den der einstige badische Staatsminister zieren würde.

Und nun noch ein kurzes Wort über die politische Signatur, wie sie unter dem neuen Ministerium die der nächsten Zukunft sein dürfte. Unsere Ansicht bezüglich dieser Signatur ergibt sich aus dem oben Gesagten von selbst. Ministerpräsident von Turban war ein tüchtiger Chef seines Ressortministeriums und zugleich vielleicht derjenige unter den Ministern, der mit der Landesmajorität am meisten Fühlung hatte. Als Staatsmann hat er sich noch nirgend documentirt. Der neue Präsident des neuen Ministeriums gleich Turban Abgeordneter zur II. Kammer, ist parlamentarisch bekannt durch seine Berichterstattung über das Einkommensteuergesetz und seine Vertretung des Erwerbsteuergesetzes an Stelle des damals erkrankten Abgeordneten Blum, er hat mit Recht den Ruf eines tüchtigen, thätigen und vielerfahrenen Verwaltungsbeamten. Die schneidige Energie Jolly's besitzt er wohl nicht. Dr. Grimm, nunmehriger Chef des Justizministeriums, gehört seit 1869 der zweiten Kammer an, ebenso ist er mit einem Mandat für den Reichstag

betrault und ist Mitglied der Justizcommission. Auf dem Landtag 1869/70 hat er sich durch seine glänzende Berichterstattung über das Stiftungs-gesetz ausgezeichnet. Er war von Anfang an ein zuverlässiges Mitglied der national-liberalen Fraction, als kenntnißreicher Jurist und tüchtiger Anwalt, wie nicht minder als ehrenwerther Character und fleißiger Arbeiter stets geschätzt. Finanzpräsident Ellstätter ist nicht Neuling, ebenso gehört Küßlin dem Staatsministerium schon längere Jahre als Rath an. Das Handschreiben des Großherzogs an den neuen Staatsminister, in welchem er diesen mit der Neubildung des Cabinets beauftragte, enthält die Willenserklärung des Fürsten, daß die Richtung der Regierung, sowohl in Betreff der inneren Politik, als in Bezug auf die nationalen Entwicklungsaufgaben, die bisherige bleiben werde. Dieses Wort ist aufrichtig gesprochen, und wir sind fern davon, es deuteln zu wollen. Aber die oben dargelegten Momente eines gegen früher vollzogenen und sich vollziehenden Stimmungswechsels in den höchsten Kreisen sind damit nicht aus der Welt geschafft. Die nationale und freisinnige Politik kann bleiben und wird für die nächste Zukunft bleiben, aber an die Stelle der freudigen Hingebung und der energischen Arbeit, in der bisher die Ziele solcher Politik verfolgt wurden, kann und wird zögernde Zurückhaltung, schonende Friedensliebe treten. Wir wollen, ohne diesen Punkt von vornherein zum Prüfstein nationaler Gesinnung zu erklären, nur auf das Eine hinweisen, daß die abgetretenen Minister Jolly und v. Freydrorf Vertheidiger des Reichseisenbahnsystems waren, Turban und Ellstätter, die auf ihren Posten gebliebenen Rätthe der Krone, Gegner desselben. Sodann haben wir bereits oben bemerkt, daß der neu ernannte Präsident des neuen Ministeriums im Verlauf des letzten Landtags aus der national-liberalen Fraction schied, weil er mit deren energischem Vorgehen in Sachen der Einführung der confessionell gemischten Volksschule sich nicht einverstanden zeigte. Die gegnerischen Blätter führen eine zuversichtliche Sprache. Der „Bad. Beob.“, das Organ unserer Ultramontanen, meint, „daß der Kulturkampf nun nicht mehr wie bisher als eigentliche Lebensaufgabe des badischen Staates betrachtet werde.“ Die evangelischen Orthodoxen, auch Deutsch-Conservative benannt, Characterisiren das neue Ministerium als „liberal, aber gemäßigt“ und schließen aus der Zusammensetzung desselben, „daß der feindliche Geist des Liberalismus gegen die Christliche Kirche, wie er im letzten Jahrzehnt bei uns die Oberhand gewonnen hatte, nicht mehr mit der seitherigen Härte entscheidend in unsere Verhältnisse einzugreifen im Stande sein wird.“ Eine der Regierung nahestehende Zeitung aber kündigt bereits eine mehr „wirthschaftliche“ Aera an. Unsere Ansicht: wir haben ein Geschäftsministerium. Aber im Hintergrund will sich bereits ein anderes zeigen. Der Schatten war vorausgeworfen geraume Zeit, ehe die Kreuzzeitung den Namen ausplauderte.

Grenzböten IV. 1876.

Und uns dünkt wirklich, als ob die Füße derer, die das Ministerium Jolly begraben haben, schon vor der Thüre seien, auch das neue Ministerium hinauszutragen. Auf alle Fälle wird die national-liberale Partei gut thun, sich nachdrücklich an den Wahlspruch des großen Preußenkönigs zu erinnern: toujours en vedette!

Fr.

Literatur.

Die Lebensgeschichte der Menschheit. Kulturgeschichtliche Forschungen und Betrachtungen. Von Friedrich Freihold. Erster Band. Jena, S. Costenoble, 1876.

Der Grundgedanke dieser Schrift ist kein neuer, er ist die Herder'sche Anschauung von der Geschichte, nach welcher dieselbe als die Entwicklung eines aus bestimmter Anlage hervorgegangenen Organismus aufzufassen ist, und Einzelmensch, Volk und Race nur Glieder der Alle harmonisch zusammenfassenden Menschheit sind, die so in ihrer gesammten Lebenshätigkeit als eine Person erscheint. Der Verfasser ist der richtigen Ansicht, daß Herder diesen Gedanken nicht vollständig durchgeführt habe; wenn er selbst aber nun an diese Aufgabe geht, so überzeugen wir uns schon auf den ersten Seiten, daß dem guten Willen nicht das genügende Vermögen zur Seite steht, mit andern Worten, daß er zwar ein gebildeter Geist und nicht ohne einen gewissen Scharfblick, aber immerhin ein Dilettant auf diesem Gebiete ist, der sein Wissen in der Hauptsache aus Herder, Bunsen, Burdach und — Rotteck, zum guten Theil auch aus Th. Rohmer (!) geschöpft hat und von den Resultaten der neuesten wissenschaftlichen Forschungen so gut wie keine Kenntniß besitzt. Neben manchen guten Gedanken enthält dieser Band daher viel Veraltetes und, wo der Verfasser selbst vermuthet, schließt und vergleicht, oft Schiefes oder vollständig Falsches. Auch die Sprache, in der uns das vorgetragen wird, ist mit ihrem blumenreichen Pathos die eines Laien.

Die Frauen des achtzehnten Jahrhunderts. Culturgeschichtliche Zeit- und Lebensbilder. von H. Scheube. Erster Band: von Ludwig dem Vierzehnten bis auf Friedrich den Großen. Berlin, 1876, Webekind & Schwieger.

Dieser Band giebt nach einem Rückblick auf das siebzehnte Jahrhundert und namentlich auf den Hof Ludwigs des Vierzehnten zunächst Bilder aus den Tagen der Regentschaft, wo die bekannte Prinzessin Elisabeth Charlotte von Kurpfalz besondere Berücksichtigung erfährt, dann die Anfänge der feinen